



Kurzbericht

über die 32. Sitzung des **Sozialausschusses**

am Donnerstag, dem 6. Juni 2019, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:00 Uhr

1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (SH-A-TPG)

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/572](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/2561](#)

Einstimmig beschloss der Ausschuss, den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 19/2561](#), anzunehmen.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag ebenfalls einstimmig, den Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 19/572](#), in so geänderter Fassung anzunehmen.

2. Bericht der Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche

Tätigkeitsbericht 2016/17 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein als Ombudsperson in der Kinder- und Jugendhilfe

[Drucksache 19/1068](#)

Die Bürgerbeauftragte, Frau El Samadoni, informierte den Ausschuss über die Schwerpunkte des Berichts der Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche über die Jahre 2016/17. Nach einer Aussprache nahm der Ausschuss den Bericht abschließend zur Kenntnis.

3. Tätigkeitsbericht 2017 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

[Drucksache 19/744](#)

Der Ausschuss führte mit der Bürgerbeauftragten ein Gespräch über ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 2017.

4. Bericht des Sozialministeriums über die erneute Durchsuchung in der Forensik Schleswig

Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)
[Umdruck 19/2373](#)

In einem nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil nahm der Ausschuss einen Bericht der Landesregierung, von Vertretern der Staatsanwaltschaft und Vertretern der forensischen Klinik entgegen.

5. Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste verbessern

Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/885](#) (neu)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

6. a) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/1286](#)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Beauftragten für Menschen mit Behinderungen auf kommunaler Ebene

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
[Drucksache 19/1327](#) (neu) - 2. Fassung

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

7. Missstände in der Paketbranche beseitigen

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/1444](#)

Soziale Marktwirtschaft sichern, vor sozialen Missständen schützen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/1481](#)

Der Ausschuss empfahl dem federführenden Wirtschaftsausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

**8. Positionierung zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit (Bezug: Einladung des Landtagspräsidenten am 9. Februar 2019)
Mehr Hilfen für wohnungs- und obdachlose Bürgerinnen und Bürger**

Einstimmig empfahl der Sozialausschuss dem Landtag im Wege der Selbstbefassung den aus [Umdruck 19/2562](#) hervorgehenden Beschlussvorschlag zur Annahme.

9. Verschiedenes

Der Ausschuss beschloss, die für den 21. November 2019 anberaumte Sitzung auf den 28. November 2019 zu verschieben.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, gab den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis, dass sich der Landtag mit der Zulässigkeit der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum befassen werde (Umdruck 19/2531).

Schluss: 15:47 Uhr

gez. Thomas Wagner